

Arbeiter Stimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

6. Jahrgang
Dresden, Montag den 13. Oktober 1930
Nummer 239

Reichstagseröffnung im Zeichen drohender Riesenstreiks

Heute Streikabstimmung in der Berliner Metallindustrie — Metallarbeiter Sachsens, Tritt gefaßt!
Nicht Schiedsspruch abwarten, sondern Kampfbündnis mit Berlin!

Dresden, 13. Oktober.
Heute tritt der neugewählte Reichstag zusammen. Seine Eröffnung wird überschattet von der Kriegserklärung von 140 000 Berliner Metallarbeitern gegen die kapitalistischen Vorkriegsbesitzer. Die gestern stattgefundenen Konferenzen der Funktionäre und Obleute der Berliner Metallbetriebe, die von 2000 Mann besucht war, hat den Schiedsspruch abgelehnt und für heute die Abstimmung über den Streik beschlossen. Obwohl die Konferenz zum großen Teil zum Scheitern gekommen war, forderte eine ganze Reihe von Rednern den sofortigen Streikbeschluss und die Aufnahme des Kampfes.

Dah es sich bei der ganzen Schiedsspruchpraxis in der Berliner Metallindustrie nur um ein großangelegtes Betrugsmanöver zwischen Brüning-Diktatur und Bürokratie handelt, verurteilt die bürgerliche Presse. Die Dresdner Nachrichten von heute morgen schreiben:

„Dah der Schiedsspruch, der bekanntlich eine Lohnsenkung von 6 bis 8 Prozent vorsieht, nicht für verbindlich erklärt, sondern abgeändert wird... Die Regierung nimmt an, daß die Gewerkschaften dann einen neuen Schiedsspruch, der eine Kürzung von nur 5 bis 6 Prozent vorsieht annehmen könnten.“

Um dieses abgeleitete Manöver zu durchkreuzen, fordert die Gewerkschaftsopposition den sofortigen Streik und hat alle entsprechenden Mahnungen getroffen.

„Die tatsächlichen Metallarbeiter muß die Parole nicht eben! lauten: Nicht abwarten, bis daß der Lohnabbau-Schiedsspruch gefällt ist, sondern die Manöver von Unternehmern und Bürokratie durchkreuzen, die gemeinsame Streikfront mit den Berliner Metallarbeitern zu organisieren; denn der Reichstag, der heute zusammentritt, entscheidet nichts für, aber alles gegen die werktätigen Massen. Das, was er ihnen bringen wird, ist das schändliche Raubprogramm Brünings, ist die Zustimmung der SPD-Führer zu diesem Programm und den Steuererhöhungen der Diktaturregierung, ist die Legalisierung des faschistischen Terrors gegen die werktätigen Massen.“

Ein Streik von ein paar hunderttausend Metallarbeitern in Deutschland würde wie Donner und Blitz in dieses

Scheinparlament fahren. Ein Massenstreik des Proletariats gegen die kapitalistischen Steuer-, Lohn- und Gehaltsräuber ist die einzig richtige Kampferklärung gegen die verbrecherische Youngpolitik, gegen den vorkonzerterierten Faschismus und seine Wegbereiter.

Kommunistische Partei und Revolutionäre Gewerkschaftsopposition werden diese Kampferklärung zur Richtschnur ihres Handelns machen. Ihre Kriegserklärung an den Reichstag der Youngdiktatur verbinden sie mit der Aufforderung an die Arbeiter und Angestellten, die Betriebe und Büros streikfrei zu machen, die außerparlamentarische Schlachtfreit aller Ausgebeuteten gegen Hungerdiktatur und Faschismus aufzurufen.

Die Streitenden zwingen die Bürokratie auf die Knie!

Berlin, 13. Okt. (Eig. Drahtbericht.)
Die streikenden Bauhilfsarbeiter haben vom Hauptvorstand des BMB die volle Sanktionierung ihres Streiks erzwungen. Die entschlossene Haltung der Bauhilfsarbeiter unter allen Umständen auch gegen den Willen der BMB-Bürokratie und Branchenleitung den Kampf weiterzuführen, hat die Bürokraten gezwungen, einen Rückzug anzutreten und die Forderung der Geldlohn- und Bauhilfsarbeiter um 10 Pf. Lohnserhöhung anzuerkennen. Die Bürokraten haben sich für die Anerkennung entschieden, um eine größere Mandatarfähigkeit bei der Abwägung des Streiks in den BMB-Betrieben zu haben.

Karabiner gegen Antifaschisten

70 Arbeiter bei Landagitation verhaftet / Alles unter Schieds Ministerherrschaft
Nieder mit dem Landtag, der dieses Terrorregime schützt!

Mittweida, den 12. Oktober.
Heute in frühster Morgenstunde wurden 70 Arbeiter verhaftet. Mitglieder verschiedener antifaschistischer Organisationen waren bereits am Sonnabendnachmittag zur Landagitation nach Zionsdorf bei Frankenberg aufgebrochen. Da der für eine Abendkundgebung in Aussicht genommene Saal vergebens war, stellte ihnen der Wirt eine Scheune zur Verfügung, in der die Kameraden übernachteten. Nachdem am Abend bereits die Landagitation ihnen einen Besuch abgelaufen hatte, erschienen des morgens gegen 4 Uhr plötzlich zwei Heberfallkommandos Schupo aus Chemnitz.

Mit vorgehaltener Karabiner bewaffnet, drangen sie in die Scheune ein und schlugen mit ihren Gummiknüppeln wahllos auf die schlafenden Kameraden ein. Einen Arbeiter, in dem sie den Führer vermuteten, schleppten sie hinter die Scheune und verprügelten ihn besonders. Auch während der Fahrt nach Chemnitz und im Polizeipräsidium wurden die brutalsten Mißhandlungen, woran sich sogar ein Offizier persönlich beteiligte, fort-

gesetzt. Die bürgerliche Presse überschreibt diesen Vorfall „Kommunistische Generalprobe zum Bürgerkrieg“. Der Polizeibericht spricht von „mitläufigen Bürgerkriegsübungen“. Dieser ausgemachte Schwundel soll die brutalen Mißhandlungen der Polizei rechtfertigen. Schon allein die Tatsache, daß die Arbeiter trotz dem Besuch durch die Gendarmerie in ihrem Nachtlager verblieben, zeigt, daß es sich bei ihrem Marsch aufs Land um einen reinen Agitationsmarsch gehandelt hat.

Der ganze Vorgang beweist, wie sehr die Bourgeoisie und ihre Staatsorgane vor dem Anwaschen der antifaschistischen Bewegung erzittern. Das Millionenheer, das unter Appell zur Bildung eines mächtigen Kampfbündes gegen den Faschismus ausgelöst hat, soll im Terror wüster Polizeiprovokationen erstickt werden. Aber kein Terror vermag den Vormarsch der antifaschistischen Front zum Stehen zu bringen, und die unteren Polizeibeamten, die sich durch ihre schändlichen Offiziere gegen die Arbeiter aufstellen lassen, sollten erkennen, daß ihre Verteidigung des faschistischen Terrors die Verteidigung der Hungerelände gegen das werktätige Volk und schließlich auch gegen sich selbst bedeutet.

Ein intamer Lügner

Der „Dresdner Anzeiger“ teilt am Sonnabend über den von uns berichteten Vorfall am Sternplatz am Freitagabend gegen 23 Uhr 2 Arbeiter von einer schändlichen Nebemacht überfallen und niedergebrosen worden, mit dem ungeschickten Kommunisten aus dem Hinterholz über Faschisten hergefallen seien. Da uns gegenwärtig keine andere Möglichkeit der Abrechnung zur Verfügung steht, erklären wir den „Dresdner Anzeiger“ verantwortlich zeichnenden Chefredakteur, Herrn Dr. Fröhlich für einen ausgemachten Lügner.

Wir stellen des weiteren noch einmal fest, daß die Polizeibereitschaft des Wagens 1147 unter Führung eines Offiziers trotz der offensichtlichen schändlichen Provokationen die Niedererschlagung der Arbeiter nicht verhindert hat. Wir fordern an dieser Stelle alle Augenzeugen des Verfallses auf, unverzüglich ihren Namen telefonisch oder mündlich anzugeben an die Adresse Herrn Reichsanwalt Dr. Helm Otto-Allee 13. Telefon: 23739.

Gang in Mussolinis Armer Revolutionäres Sprengpuver in den italienischen Kavernen

Italienische Grenze, 13. Okt. (Eig. Drahtbericht.)
Die Zuspitzung der Lage in Italien wird täglich schärfer. In den Kavernen herrscht eine starke antifaschistische Stimmung. Täglich finden Durchsuchungen statt. Ab 10. Oktober ist strenge Zensur über alle einlaufenden Zeitungen angeordnet. In den Kavernen sind antifaschistische Proklamationen beschlagnahmt worden. In Turin fand eine Hungerdemonstration statt, an der sich auch die Gewerkschaften beteiligten. In der italienischen Marine fährt er. Die Druckereien werden ständig durchsucht nach revolutionärer Literatur.

Die Woche des Verrats beginnt!

SPD bedingungslos für Brüning — Die „Linken“ machen mit

Berlin, 13. Okt. (Eig. Drahtbericht.)
Das Berliner Tageblatt weiß zu berichten, daß die Verhandlungen zwischen SPD-Fraun und Brüning fortgesetzt werden, um eine möglichst schnelle Erledigung des Hungerprogramms zu garantieren. Das Berliner Tageblatt schreibt, daß die Sozialdemokratie das ihre tun werde, um der Regierung zunächst über die Schwierigkeiten der ersten Tage hinwegzuhelfen, indem sie den kommunistischen Antrag auf Aufhebung der Notverordnung ablehnt und keinerlei Mißtrauensanträgen zustimmt.

Die „Linken“ in Sachsen versuchen zu retten, was nicht mehr zu retten ist. Eine von angeblich 1000 Funktionären besuchte Konferenz des Unterbezirks der SPD Groß-Leipzig nahm noch am Freitag eine Resolution an, in der es heißt:

„Einer Regierung, die sich weigert, auf ihr arbeiterfeindliches Programm zu verzichten, die unseren Forderungen gegenüber unannahmlich verharret, ist schärfste Opposition auch im Parlament anzulagen. Partei und Gewerkschaften müssen bereit sein, mit parlamentarischen und

außerparlamentarischen Mitteln sich für die Erhaltung der Demokratie und des Parlamentarismus gegen Faschismus und schändliche Futschgefahr, ebenso aber auch für die sozialen Lebensinteressen der breiten Volksmassen einzusetzen.“

Eine vergebliche Hoffnung! Selbst die „Linken“ der „Linken“ in Sachsen, die noch vor 8 Tagen „schweres Geschick“ gegen Brauns Koalitionspolitik mit Brüning aufzuführen, hielten nur noch. Das Organ des Herrn Sendewitz schreibt: „Und diese Lohnabbau-Regierung soll die Sozialdemokratie tolerieren?“ Das Meißner Organ hat sich schon ganz abgefunden, indem es zur Haltung der sozialdemokratischen Fraktion schreibt, daß es „im großen und ganzen die Linie für richtig“ hält.

So wird der Thronstürmer der „Linken“ verblaffen. In dieser Woche werden die deutschen Arbeiter das Schauspiel erleben, daß die Diktaturregierung der Massenveränderung von den SPD-Führern geteilt wird, daß von den Wahlversprechungen der SPD nichts mehr übrig bleibt als der nackte Verrat.

Protestkundgebung gegen Leipziger Racheprozeß erst morgen!

Massenprotest morgen 20 Uhr auf dem Poppitz

Metallarbeiter, Alarm!

Der Schandschiedspruch, den der Sonderlichter für die Berliner Metallarbeiter läßt, ist für die gesamte deutsche Arbeiterklasse ein ernstes Warnungssignal, ein Mahnruf, aus der Passivität herauszutreten und zum Gegenstand zu werden. Das, was man in Berlin den Metallarbeitern zu schreibt, das, was man in Berlin den Metallarbeitern zu schreibt, soll im ganzen Reich auf Anweisung des Innenministeriums Steigermach, der die Befehle der Eugenbergs, Klünder und Konforten durchführt, durchgeführt werden. Vorkaufs ist die Parole der Unternehmer und der Brüning-Regierung. Die Arbeiterklasse soll die Feste der bankrotten kapitalistischen Gesellschaft zahlen. Die Arbeiterklasse soll es sein, aus deren Knochen man die an das internationale Kapital abzuführenden Tributleistungen herauspressen will. Ein hilfloses Gestammel hat der "Vorwärts" zu dem Berliner Vorkauf übrig. Wie ein "Vorwärts" zu dem Unternehmer an, doch einsichtig zu sein und es nicht auf die Spitze zu treiben. Und die "Dresdner Volkszeitung", das Organ der "linken" Phrasen vom Schlege der Edel, Herz, Toni Sender und Genossen, weiß nichts weiter zu sagen, als was der "Vorwärts" kammet.

Am 15. Oktober soll der Schandpruch für die 100 000 jählichen Metallarbeiter gefällt werden. Daß dieser Spruch genau so wie

der für die Berliner Metallarbeiter einen Vorkauf vorsetzt, ist nicht zu bezweifeln. Und so wie in Berlin die Bürokraten des DGB nichts tun, so werden auch in Sachsen die Reformisten außer einem demagogischen Geschrei nichts unternehmen, um die Föhne der Metallarbeiter zu verteidigen und den frechen Angriff der Unternehmer zurückzuschlagen. Ohne die Arbeitgemeinschaftspolitik wären solche Schandschiedsprüche nicht möglich. Sie sind das Resultat der Burgfriedenspolitik der Gewerkschaften mit den Unternehmern, jener Politik der Erhaltung und Förderung der kapitalistischen Wirtschaft.

Metallarbeiter Sachsens! Erkennt die Gefahr, die euch droht! Hört den Ruf der revolutionären Gewerkschaftsopposition! Organisiert eure Kräfte! Schafft die Einheitsfront in den Betrieben! Nehmt euer Schicksal in eure eigenen Hände! Bildet Streikkomitees! Greift an! Marschiert auf in gemeinsamer Front mit den Erwerbslosen! Zerlegt die faschistischen Streikbrecherorganisationen in den Betrieben! Schafft antifaschistische Betriebswehren und Betriebsgruppen der RGO. Setzt den kapitalistischen Schlichtungsinstanzen den Willenswillen des kämpfenden revolutionären Proletariats entgegen. Organisiert den Streik unter Führung der RGO und schlagt die kapitalistischen Räuber zurück!

Achtung, Kriegsopter!

Weiterer Abbau in der Rentenversorgung!

Die Reichsregierung veröffentlicht in Nr. 10 des Reichsanzersorgungsblattes vom 25. September eine Reihe von Verordnungen als Ausführungsbestimmungen zu den Notverordnungen der Brüning-Regierung. Durch diese Ausführungsbestimmungen werden die mit den Notverordnungen geschaffenen Gebührensätze noch erheblich verschärft. Die Notverordnungen enthalten unter anderem folgendes:

1. Die Versorgungsämter werden angewiesen, die Versorgungsquoten aller Kriegsersten und Empfänger von Witwen- und Waisenbeihilfe sofort nachzuprüfen. Diese Nachprüfungen sollen ohne Rücksicht auf das Lebensalter vorgenommen werden und sich besonders auf die Einkommensgrenzen erstrecken. Auch wenn eine geringfügige Veränderung des Einkommens sogar weniger als 1 RM beträgt, soll das nachgeprüft, und wenn die Einkommensgrenzen auch nur um einige Pfennige überschritten werden, soll die Rente entzogen werden.

Das bedeutet, und die Praxis hat es bereits erbracht, daß die Witwen- und Waisenbeihilfe selbst bei Pfennigen vom Einkommen entzogen wird. Die Witwen und Waisen, welche den Mann und Vater verloren haben, können verhungern.

2. Die Waisenbeihilfe wird in Zukunft weglassen, wenn daneben noch Waisenkind aus der Beamten-Hinterbliebenenversorgung bezahlt wird. Dasselbe trifft auch zu bei der Waisenbeihilfe. Erwerbsfähige Waisen über 15 Jahre, auch wenn sie arbeitslos sind, sollen keine Waisenbeihilfe mehr erhalten.

Damit werden wohlmeinende Rechte einer kleinen Beamten-Witwen- oder Waisenperson, welche nur ein paar lumpige Mark den ganzen Monat bekommen, zum Verhängnis für die Kriegsopter.

3. In einem besonderen Erlaß (welcher bereits an die Versorgungsämter gegangen ist) werden Anweisungen bezüglich der Elternbeihilfe gegeben. Nach derselben werden die Einkommensverhältnisse bei der Bescheiderteilung durch die Versorgungsämter zugrunde gelegt, nicht aber die Einkommensverhältnisse, welche am Tage der Entscheidung durch die Spruchbehörden zu verzeichnen sind.

Diese Bestimmung ist für die alten Kriegsersten ganz brutal. Wenn beispielsweise in der Ostklasse B die Einkommensgrenze 50 RM beträgt und der Kriegserster am 31. März 1930 eine wöchentliche Arbeitslosenunterstützung von 15 RM bezogen hat, beträgt keine Möglichkeit, ihm die Elternrente anzusprechen, eben weil vom 31. 3. 30 die Verhältnisse maßgebend sind. Die Gerichte haben bereits entsprechende Urteile gefällt.

4. Eine erhebliche Verschlechterung bedeutet es, daß in Zukunft Versorgungsgebühren, die auf Grund des § 71 Berl.-Ges., oder auf Grund von Kannvorschriften, oder im Härteausgleich bewilligt werden, nicht mehr wie früher mit dem 1. des Monats bezahlt werden, in dem der Antrag gestellt wurde, sondern erst frühestens mit dem 1. des Monats, in dem die Bewilligung ausgesprochen wurde.

Das bedeutet in der Praxis, wenn z. B. ein Antrag im Januar 1930 gestellt wurde und bis September 1930 bei den Versorgungsbehörden liegen geblieben ist, daß dann die Nachzahlung der Rente nicht ab 1. Januar, sondern erst ab 1. September beginnt.

5. Erziehungsbeihilfen bei Berufsausbildung über das 18. Lebensjahr hinaus werden künftig nur an Kinder von Reichsbediensteten gewährt, deren Rente mindestens 50 Prozent beträgt.

Das bedeutet, daß die 30- und 40prozentigen Kriegsbeschädigten welche durch die ärztliche Wissenschaft (lies Rentenrechtliche) rechtlos gemacht wurden, keinen Anspruch auf Erziehungsbeihilfen haben und demzufolge auch ihre Kinder nicht ausbilden lassen können.

6. Witwen- und Waisenbeihilfen sollen in Zukunft nur dann bewilligt werden, wenn der Verstorbene zur Zeit des Todes eine Rente von mindestens 50 Prozent bezogen hat.

Das bedeutet, daß auf diesem Gebiete eine weitere, ganz brutale Rechtskomposition eingetreten ist. Erst raubt man dem

gegen Vorkauf und Teneuerung und neue Kosten, für Lohnerhöhung, Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich und gleichen Lohn für gleiche Arbeit, gegen den Abbau der durch das Proletariat erkämpften sozialen Errungenschaften, gegen die Verschlechterung der Sozialversicherung, für Unterstützung aller Erwerbslosen für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit, für den Ausbau des Arbeiterinnen-, Mutter- und Kinderschutzes, für Beseitigung des § 218,

gegen Faschismus, faschistische Diktatur und Kriegesgefahr, für Einreichung der Frauen in die antifaschistische Kampffront, für Erziehung der Frauen zur proletarischen Wechselfähigkeit,

gegen die Hungerregierung des kapitalistischen Deutschlands, für ein Sowjetdeutschland, das dem Proletariat die Befreiung und den Frauen volle Gleichberechtigung bringt.

noch lebenden Kriegsgeschädigten keine Rente mit Hilfe einer „ärztlichen Wissenschaft“, welche sich zur Tirade der kapitalistischen Gesellschaft hat erniedrigen lassen, und wenn dann das Kriegsopter verstorben, bekommen keine Hinterbliebenen keine Witwen- und Waisenbeihilfe.

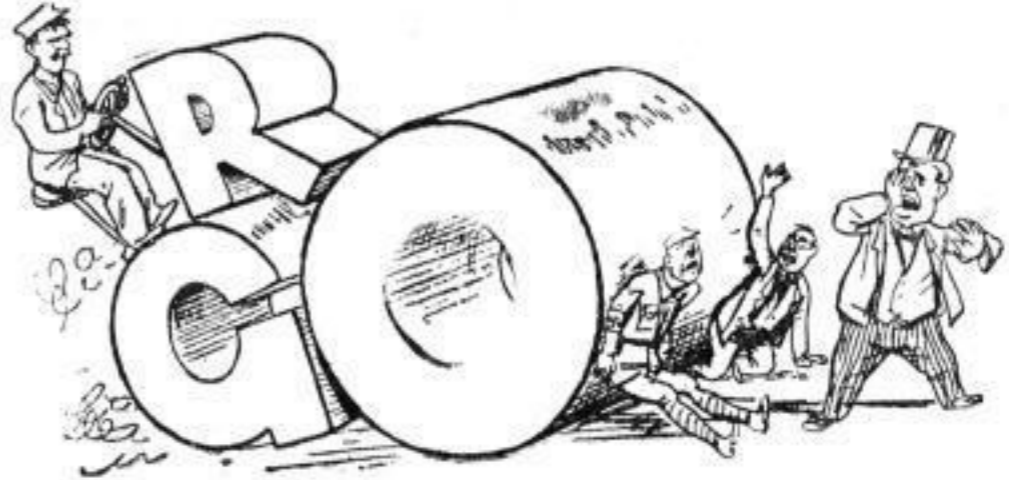
7. Witwen, die sich wieder verheiratet hatten und deren Ehe schuflos geschieden ist, erhalten in Zukunft keine Waisenbeihilfe mehr.

Das bedeutet, daß man auch diese Kriegsopter ganz rechtslos macht. Bis jetzt bestand die Möglichkeit, daß eine Waisenbeihilfe gewährt wurde.

8. In einer besonderen Verordnung wird verfügt, daß auch diejenigen Kriegsgeschädigten, die einen Anspruch auf Heilbehandlung haben, die Arznei- und Krankheitsgebühren bezahlen müssen. Lediglich die nicht versicherten Kriegsgeschädigten, sowie die Invalidenempfänger können von diesen Gebühren befreit werden.

Das sind die wichtigsten Ausführungsbestimmungen zu den von der Brüning-Regierung erlassenen Notverordnungen. Diese Maßnahmen bedeuten einen weiteren ganz erheblichen Eingriff in die Versorgung der Kriegsopter und müssen deshalb den größten Widerspruch und Widerstand der Versorgungsberechtigten herausfordern. Mit Protestresolutionen allein ist nichts zu erreichen. Die Kriegsopter müssen geschlossen aufmarschieren und gegen diese Schandverordnungen demonstrieren. Die bürgerlichen und sozialdemokratischen Kriegsopterorganisationen (Reichsverband, Reichsbund u. a.) sind unfähig, diesen Kampf zu führen. Nur der internationale Fund der Opfer des Krieges und der Arbeit ist berufen, den Kampf gegen diese Verschlechterungen parlamentarisch und außerparlamentarisch zu führen. Darum, Kriegsopter, werdet Mitglied des Internationalen Bundes! Die Geschäftsstelle befindet sich Dresden-L, Kleine Bräutigasse 21, II.

Die RGO unser Wegbereiter



RGO-Bertreter prozeßbevollmächtigt

Eine wichtige Entscheidung des Ehlinger Arbeitsgericht

Bei den vielerlei Versuchen, die revolutionäre Gewerkschaftsopposition zu infamieren, lie vor den Kollegen heranzutreten usw., spielt es auch eine große Rolle, daß die reformistische Bürokratie immer wieder den Arbeitern erklärt, sie könnten von RGO-Bertretern nimmer vertreten werden. Dazu hat das Arbeitsgericht Ehlingen a. N. eine wichtige Entscheidung gefällt, die von grundsätzlicher Bedeutung ist. Der Genosse Albert Fischer, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Lederarbeiterverbandes, Opposition, trat vor dem dortigen Arbeitsgericht für die roten Betriebsräte eines Lederbetriebes auf. Die reformistische Bürokratie stellte den Antrag, den Genossen Albert Fischer nicht zuzulassen. Am 6. August traf jedoch das Arbeitsgericht Ehlingen dazu eine Verfügung, in der es u. a. heißt:

In Rechtsfällen §§. 6 und 7, wird dem Antrag, den beklagten Prozeßbevollmächtigten Albert Fischer, Vorsitzender des Lederarbeiterverbandes, Opposition, zuzulassen, nicht entsprochen.

Gründe: Nach § 11 Arb.-G. ist eine Vertretung durch Mitglieder oder Angestellte wirtschaftlicher Vereinigungen von Arbeitgeber oder Arbeitnehmer zulässig, wenn sie für die Mitglieder der Vereinigung auftreten und nicht nebenher das Verhandeln vor Gericht gewerbmäßig gegen Entgelt betreiben. Unterlagen, dafür, daß Fischer sonstige gewerbmäßig gegen Entgelt vor Gericht auftritt, fehlen. Es ist noch nur nach die Frage zu prüfen, ob der Lederarbeiterverband Opposition als wirtschaftliche Vereinigung von Arbeitnehmern anzusehen ist. Dann folgt eine eingehende Darlegung, daß der Lederarbeiterverband Opposition tatsächlich eine wirtschaftliche Vereinigung darstellt. Deshalb kam das Gericht zu obengenannter Entscheidung.

Generalappell in Birna

Am Donnerstag dem 9. Oktober fand im Birner Volkshaus ein politischer Informationsabend, und Generalappell für die

Wie wird der vorbereitende Kampfausschuß gewählt?

Vorbereitende Kampfausschüsse sind die Organe der revolutionären Gewerkschaften, mit deren Hilfe sie die Arbeiter in den Betrieben zum Streik mobilisieren und in der Vorbereitungsperiode schon die revolutionäre Einheitsfront aller Arbeiter herstellen.

Eine Wahl erfolgt in der Betriebsversammlung, nachdem den Arbeitern die Notwendigkeit eines solchen Einheitsfrontorgans gegen die zerschlagene Tätigkeit der Bürokratie klargemacht worden ist. Wo die reformistischen Betriebsräte die Versammlungen einberufen und leiten, müssen die Anhänger der RGO die Wahl durchsehen, wenn es ihnen gelang, die Mehrheit der Versammlung dafür zu gewinnen. Lassen die Reformisten die Wahl nicht zu, nehmen wir sie nach Übernahme der Versammlung durch Mitglieder der RGO selbst vor.

Wo die von uns einberufenen Betriebsversammlungen nur schwach besucht sind, nehmen wir trotzdem die Wahl vor, um später in den Versammlungen der einzelnen Abteilungen neue Kräfte zur Verstärkung des Kampfausschusses hinzuwählen zu lassen. Ein so gewählter Kampfausschuß darf sich von seiner Arbeit nicht durch vorerst schwachen Versammlungserfolg abhalten lassen, weil in vielen Fällen eben keine Mobilisierungsarbeit erst volle Versammlungen bringen wird.

Die beste Methode der Bildung eines vorbereitenden Kampfausschusses ist ohne Zweifel die Abhaltung von einzelnen Abteilungsversammlungen, in denen die großen Betrieben viel mehr Arbeiter als in der Betriebsversammlung erfasst werden. Jede Abteilung entsendet hier ihre besten Kräfte in den Kampfausschuß, der sich sofort, auch wenn noch nicht alle Abteilungen gewählt haben, konstituiert und die Führung übernehmen muß.

In dem vorbereitenden Kampfausschuß müssen die Frauen, die Jugendlichen und auch die Erwerbslosen vertreten sein. Sozialdemokratische und parteilose Arbeiter müssen für die Mitarbeit gewonnen werden.

RGO und IAH in einer Front!

Für die Internationale Arbeiterhilfe sind die Beschlüsse des 5. RGO-Kongresses ebenfalls von weittragender Bedeutung. Auf dem 5. RGO-Kongress ist die Wichtigkeit und die hohe Bedeutung der IAH-Arbeit, d. h. die Notwendigkeit der organisierten Massen-solidarität in dieser Periode, wo immer breitere Kreise der Arbeiterklasse in die Abwehrkämpfe gegen Vorkauf und Verschlechterung der sozialpolitischen Rechte anzukämpfen, bestärkt worden.

Die IAH organisierte deshalb gemeinsam mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition eine große Kundgebung, die Freitagabend im Koglerheim stattgefunden hat. Zahlreich waren die Arbeiter und Arbeiterinnen Dresdens zur Kundgebung erschienen. Zur Ausgestaltung der Kundgebung waren gewonnen die Roten Kasketen, die durch politische Satiren, Musik und Gesang die gegenwärtige Lage treffend schilderten. In einem einstündigen Referat erläuterte der Genosse Grauer die Beschlüsse des 5. RGO-Kongresses und den loyalen Aufbau der Sowjetunion an Hand von Beispielen.

Der Erfolg der Kundgebung war, daß 75 Berichte vom 5. RGO-Kongress zum Preise von 20 Pf. verkauft wurden, darüber hinaus 43 Proschüren „Frauen vor die Front!“ und 75 Rahrührer und andere Literatur. Besonders zu erwähnen ist die Szene der Roten Kasketen „Die Proviantskone“, die vollständig neu im Programm im Erscheinung trat. Der Erfolg war, 46 Aufnahmen für die IAH, eine für die RGO und 3 für die Rote Hilfe.

Die Jugendforderungen der KPD

Allein die Kommunistische Partei kämpft für die werttätige Jugend / Gegen das Raubprogramm der Brüning-Regierung / Gegen Faschismus

600 000 jugendliche Erwerbslose. Täglich neue Massenentlassungen. Der größte Teil aller beschäftigten jugendlichen Arbeiter arbeitet neun, zehn und elf Stunden. Allein 50 Prozent aller jugendlichen Angestellten arbeiten über acht bis zu zwölf Stunden. Die letzten Reste des Jugendschatzes werden beseitigt. Not und Elend der werttätigen Jugend steigen ins Riesenhafte. Allein im Jahre 1929 betrug in Preußen die Zahl der Frühverrenteten 64 284.

Das Raubprogramm der Brüning-Regierung ist ein Programm der faschistischen Diktatur von Hitler über Brüning bis zur SA. Es bringt der werttätigen Jugend Lohnraub, Raub der Erwerbslosenunterstützung, Arbeitsdienstpflicht (allein im Rheinland wurden über 5000 jugendliche Erwerbslose verhaftet), Wahlrechtsraub, erzwungenes Elend und verhärtete politische Unterdrückung. Der Reichsausschuh der Deutschen Jugendverbände ist ein Sammelbecken des Faschismus. Die in ihm zusammengeschlossenen bürgerlichen, faschistischen und sozialdemokratischen Jugendorganisationen stehen hinter diesem Raubprogramm. Nur die Kommunistische Partei und der Kommunistische Jugendverband Deutschlands kämpfen für die arbeitende Jugend.

Das Programm der Regierung bringt:

1. Einführung der Arbeitsdienstpflicht.
2. Weiterer Raub der Erwerbslosenunterstützung.
3. Verlängerung der Arbeitszeit auf 10, 11 und 12 Stunden.
4. Raub des Urlaubs.
5. Heraushebung des Wahlalters auf 25 Jahre.
6. Unterdrückung aller revolutionären Jugendorganisationen (drohendes Verbot des KPD, Justizterror, Entziehung der Turnhallen und Sportplätze).
7. Förderung und Unterstützung der faschistischen und bürgerlichen Jugendorganisationen.

Die kommunistische Reichstagsfraktion fordert:

1. Verbot der Arbeitsdienstpflicht in jeder Form. Verbot der Beschäftigung von jugendlichen Erwerbslosen.
2. Ausreichende Unterstützung unter Gleichstellung mit den Erwachsenen für alle jugendlichen Erwerbslosen für die Dauer ihrer Erwerbslosigkeit. Gewährung einer Winterbeihilfe

für alle jugendlichen Erwerbslosen. Und zwar: einen warmen Wintermantel, einen Anzug bzw. ein Kleid, ein Paar Schuhe und Unterwäsche. Einrichtung von Erwerbslosen-Jugendheimen mit Verpflegung, die unter der Kontrolle der Erwerbslosenausschüsse der revolutionären Gewerkschaftsopposition stehen.

3. Herabsetzung der Arbeitszeit für Jugendliche unter 18 Jahren auf 6 Stunden, über 18 Jahre auf 7 Stunden, bei vollem Lohnausgleich. In gesundheitsgefährlichen Betrieben und unter Tage 6 Stunden.
4. Vier Wochen Urlaub für alle jugendlichen Arbeiter.
5. Streikrecht für Lehrlinge, Vereinigungsfreiheit für alle Jugendarbeiter und Lehrlinge. Aufhebung des Verbots der Antifa und Roten Jungfront.
6. Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre.
7. Einstellung aller Unterstützungen in jeder Form für den Reichsausschuh Deutscher Jugendverbände und alle bürgerlichen und faschistischen Jugendorganisationen.
8. Fahrpreisermäßigung für alle proletarischen Jugendorganisationen, kostenlose Bereitstellung von Turnhallen und Sportplätzen für die roten Sportler.

Im neugewählten Reichstag wird der Reichstagsabgeordnete der arbeitenden Jugend, Genosse Urtur Becker, die Forderungen vertreten.

Gleichzeitig rufen wir die arbeitende Jugend zum nahe parlamentarischen Kampf für diese Forderungen an. Nehmt Stellung in den Betrieben, Büros, Stempelstellen und Berufsschulen. Schließt die einheitliche Kampforganisation der werttätigen Jugend gegen den Faschismus. Hinein in den antifaschistischen Kampfband! Mitglieder der SA, christliche Jugendarbeiter, Jugendarbeiter in den bürgerlichen und faschistischen Organisationen: Her zu uns! Nur die Kommunistische Partei und der Kommunistische Jugendverband kämpfen für eure Forderungen.

RGGO Bezirkskomitee
Dresden-A Stadt
Rosenstraße 100

Öffentliche Erwerbslosen-Angestellten-Verammlung

Dienstag, 14. Oktober, vormittags 11 Uhr, spricht Müllers Restaurant, Schäferstr. 24, Herbert Wehner, W. d. L., über das Thema: „Wer hilft den erwerbslosen Angestellten?“ Erwerbslose Angestellte, legt für Massenbesuch.

Angestellten-Verammlung
Dienstag den 14. Oktober, 20 Uhr, in der Banziger Kronc, Neumarkt. Unter anderem Wahl einer Angestellten-Delegierten zum Frauenkongress am 8. und 9. November 1930 in Berlin. Es spricht Olga Körner, W. d. R. Angestellte, Männer und Frauen, kommt in Massen!

Unterbezirk Pirna, Industrie-Gruppe
Donnerstag den 16. Oktober, 19.30 Uhr, im Felsenkeller Copitz, Fraktionsitzung. Tagesordnung: Gründung der RGGO-Gruppe. Sympathisierende sind dazu eingeladen. Es spricht Genosse Jäkel.

Beisitzer für Politik und Gewerkschaftliches: Günz Schellert
W. d. R., Weidau, für Verkehr und Verkehrswesen: W. d. R., Weidau
für Sport: Albert Jäkel, Dresden; für Literatur: Arthur Jäkel, Dresden.
Leit. Dresden: - Berlin: Deutscher Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden.
Druck: Weidau, Druckereibetriebe Dresden, Ritterbühlstraße 2

Billiger wird auch

GEG-FAMOS

250-g-Paket **38** 500-g-Paket **72** Pfennig
Abgabe erfolgt nur an Mitglieder

Konsumverein VORWÄRTS

Als Hoch im Lande auf in der

223

Wahne so an Bord für seine See sind Geruchst. Reiniger. Wasche mit damit die Wäschezeit nicht ist, auf das es ihm an feinerer Wäsche auf seiner Reise nicht gebringe.

Wer seiner Wäsche einen frischen Duft und schimmernden Glanz geben will bei langer Lebensdauer, muß sie stets mit **Rumbo-Seife**, nur echt im Karton, pflegen. Der perlmuttartige, schäumige Schaum greift selbst die zartesten Stoffe an, sondern befreit diese ohne überflüssige Anstrengungen von jeglichem Schmutz.

Rumbo-Seifen-Werke, Dresden-Freital
Herstellerin des beliebten, selbsttätigen Waschmittels **Rumbo-Uberalles**

Verlangt überall **Wollmüll**

Chemische Reinigung
Kleiderfärberei, Großwäscherei

W. Kelling
Dresden • Filialen überall

Wenn's niemand macht!
Oswald Machts!
Hauptlager:
Kaulbachstraße 31, I. Etg.
Ecke Philinzer Straße

Möbel
aller Art.

Große Auswahl • billige Preise •
Günstige Zahlungsbedingungen

Neu-Eröffnung
L. Heerdt böh. an die Bettledern

Die Gewandte beim Ballen, drei Minuten vom Fabrik-Gebäude. Große Auswahl neuer Stoffe. In 10 Minuten können fertige Kleider eingetroffen sein. 1.30 Mark bis zur Halbpreise 2.50 Mark a Stück. Bei eigener Maßnahme geringigt. Entschuldig bleibt aufreide

DAS 3 REICH

ZWANGSARBEIT ZURTHALLS-MASSENCHWAB

Jarüber liest Du im „Roten Aufbau“

Oktoberheft - nur 30 Pf

Volksbühne

2. Pflichtveranstaltung (5. Spieljahr)
Gastspiel des Bautzner Stadttheaters

Bettelfudent

Operette in drei Akten
Rot. Dienstag, 14. Okt.; Weiß: Mittwoch, 15. Okt.
10 Uhr Tannensäle
Nichtmitglieder RM. 2.50 an der Abendkasse

DeinWeg

zum Wissen muß führen über die Literatur. Wissen ist Macht!

Führt Dich

zu das bürgerliche Buch diesen Weg? Nein! Willst Du Dir Wissen verschaffen, so besorg Dir marxistische Bücher. Geh

zur Arbeiter-Buchhandlg.
Flemmingstr. 5

Fein, uf, billig
Annahme **Fell-Überberer**
Perz-Arbeit-n
Rehefelder-Str. 21

Beneber

große Auswahl prima neue Kleidern, Plüsch, schon von RM an verk.

Ualmann
Glasband, am abobal
Kittschenebros
Mastert Neandorf
N.L. Fabrikat. 1.11.1929

Morgen Dienstag Eröffnung der 4 Offenbacher-Lederwaren

früh 10 Uhr
die große Oktober-Sensation für Dresden

Einheits-Preise **3M** **6M** **9M** **12M** bis **30M**

und dafür die halbarsten Garantie-Lederwaren • Großtes Spezial-Geschäft am Platz

Amalienstraße 24
Alaunstraße 13
Wilsdruffer Str. 19
Kesselsdorfer Str. 20